

Florian Dähne

Parteien – Nein danke?!

Partizipation junger Menschen an Politik und Gesellschaft

Ohne Jugend ist kein Staat zu machen. Stabilität und Fortbestand einer Demokratie sind nur dann gewährleistet, wenn sie (auch) von jungen Menschen mitgetragen und mitgestaltet wird. Die Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen gilt deshalb als wichtiger Indikator für die Zukunftsfähigkeit demokratischer Organisationen und Strukturen. Mit Sorge wird in den Medien und der politischen Öffentlichkeit vor diesem Hintergrund konstatiert, dass die tatsächliche Bereitschaft Heranwachsender zu gesellschaftlichem und politischem Engagement stetig abnehme.

Im vorherrschenden Diskurs werden Jugendliche und junge Erwachsene in der Regel als egoistisch, pragmatisch und unpolitisch dargestellt. Geprägt von globaler Unsicherheit und wirtschaftlichen Krisen sehe die Generation der 15- bis 35-Jährigen keinen Sinn in gesellschaftspolitischem Engagement und ziehe sich zunehmend auf sich selbst zurück. Lifestyle und Konsum seien die gängigen Antworten auf gesellschaftliche Verunsicherung und Überforderung. Pauschale – meist wenig schmeichelhafte – Zuschreibungen dieser Art gibt es gegenüber Jugendlichen weit mehr als gegenüber jeder anderen Altersgruppe. Der sehr differenzierten Lebenswelt junger Menschen in Deutschland werden diese Etiketten nicht gerecht. Darüber hinaus liegt der Wahrnehmung abnehmender Partizipationsbereitschaft zumeist ein sehr enges Verständnis relevanter Formen von Engagement und Teilhabe zugrunde.

Jugendliche und junge Erwachsene engagieren sich heute nicht weniger als vorangegangene Generationen. Gewandelt hat sich allerdings die Art der Partizipation. Gesellschaftliche Mitgestaltungsbestrebun-

gen junger Menschen finden ihren Ausdruck aktuell nur sehr bedingt in den klassischen Artikulations- und Organisationsformen politischer Teilhabe. So ist die formale Mitgliedschaft in politischen Parteien oder Gewerkschaften unter jüngeren Menschen deutlich weniger verbreitet als unter älteren Menschen. Entsprechend groß sind die Nachwuchsprobleme politischer Organisationen und Verbände. Auch im Vergleich zu ihrem kleiner werdenden Anteil an der Bevölkerung sind die 16- bis 30-Jährigen in allen im Bundestag vertretenen Parteien deutlich unterrepräsentiert. Das durchschnittliche Alter eines Parteimitglieds von SPD und CDU lag Ende 2013 bei nicht weniger als 59 Jahren. Lediglich 7,4 % der Mitglieder der SPD waren Ende 2012 jünger als 30 Jahre.

Ursächlich hierfür ist zumindest auch ein von vielen jüngeren Menschen so wahrgenommenes Desinteresse des institutionalisierten Politikbetriebs gegenüber den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen. Der objektive Gehalt dieser Einschätzung soll hier nicht beurteilt werden. Offenkundig ist allerdings, dass die relative Bedeutung junger Wählerinnen und Wähler für den Wahlerfolg politischer Parteien in einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft tendenziell eher kleiner als größer wird. Die strategische Schwerpunktsetzung politischer Programme und Initiativen gemäß der Interessen und Bedürfnisse anderer Altersgruppen erscheint vor diesem Hintergrund zumindest nicht komplett unplausibel. Einer im Auftrag der *Foundation for European Progressive Studies* (FEPS) durchgeführten Umfrage zufolge, fühlen lediglich 21 % der 15- bis 34-Jährigen Deutschen sich und ihre Interessen durch den Bundestag als nationalem Ge-

setzgeber vertreten. Das Vertrauen in politische Parteien ist unter Mitgliedern dieser Altersgruppe auch im Vergleich zu anderen öffentlichen Institutionen sehr gering ausgeprägt.

Während viele jüngere Menschen institutionalisierten und formalisierten Angeboten politischer Teilhabe und der überkommenen Organisationskultur politischer Parteien distanziert gegenüberstehen, machen sie eher Gebrauch von offenen, informellen und aktionsorientierten Formen gesellschaftspolitischer Einmischung und Mitgestaltung. Deutlich verbreiteter als die formale Mitgliedschaft in den traditionellen Institutionen der repräsentativen Demokratie ist unter jungen Menschen die Aktivität in informellen politischen Gruppierungen, die spezifische gesellschaftliche Probleme thematisieren und im Sinne »projektorientierter Mobilisierung« flexible Beteiligungsmöglichkeiten bieten. Hohe Anziehungskraft haben hier neben Umwelt- und Tierschutzgruppen sowie Menschenrechtsinitiativen insbesondere auch Stadtteil- und regionale Initiativen mit direktem Bezug zur jeweils eigenen Lebenswelt.

Eine weitere Dimension der politischen Beteiligung Jugendlicher und junger Erwachsener sind verschiedene punktuelle, themenbezogene Formen politischer Aktivität. Beispiele hierfür sind z.B. die Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftensammlungen oder öffentlichen Diskussionen. Eine wichtige Rolle für Mobilisierung und Vernetzung spielen in diesem Kontext die digitalen Kommunikationskanäle der Sozialen Medien. Insbesondere im Bereich protestorientierter Arten politischer Artikulation verzeichnen aktuelle (Jugend-)Studien eine deutliche Steigerung des Aktivitätsniveaus. Auch das grundsätzliche Interesse junger Menschen an Politik als Basis von Engagement nimmt unterschiedlichen Untersuchungen zufolge aktuell wieder zu.

Ein sehr deutliches Bild zeichnen Studienbefunde hinsichtlich der relevanten Einflussfaktoren für die individuelle Be-

reitschaft zu gesellschaftlichem Engagement und politischer Partizipation. Insbesondere den Differenzlinien Bildungsstatus und Migrationshintergrund wird hier eine große Bedeutung zugeschrieben. Jugendliche mit niedrigem Bildungsstatus und solche mit Migrationshintergrund sind demzu-

Milieuabhängige Partizipationsbereitschaft

folge signifikant weniger politisch interessiert oder aktiv, Mitglied oder engagiert in einer Organisation als Jugendliche mit höherem Bildungsstatus und ohne Migrationshintergrund. Die indirekte Abhängigkeit politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation vom sozialen Milieu ist allerdings keine Besonderheit der Jüngeren sondern gilt ebenso auch für andere Altersgruppen. Als ursächlich hierfür gelten mangelnde zivilgesellschaftliche Strukturen im Alltag sowie Differenzen in Bezug auf lebensweltliche und personale Kompetenzen. Eine wichtige Rolle spielt darüber hinaus die Erwartung von Wirksamkeit des eigenen Engagements. Nur ein kleiner – in der Regel sozioökonomisch privilegierter – Teil der Jugendlichen verfügt über die biografische Erfahrung, dass zivilgesellschaftliche oder politische Kontexte für sie »nutzbar« und beeinflussbar sind.

Aus der Perspektive politischer Bildungs- und Mobilisierungsarbeit ist die Erfahrbarmachung von politischer Selbstwirksamkeit deshalb ein gewichtiges Element von Forderungen nach einer weitergehenden Demokratisierung von Bildungsinstitutionen. Die Erfahrung von wirksamen (!) Möglichkeiten der Mitbestimmung im Rahmen von Schulen und Universitäten ist ein potenziell wichtiges Element in der »Engagementbiografie« aktiver Bürgerinnen und Bürger. Gleiches gilt für die Beteiligungschancen Jugendlicher im Rahmen kommunaler Entscheidungsprozesse. Offene Jugendforen, Runde Tische und insbesondere Kinder- und Jugendparlamente sollen hierfür Möglichkeiten bieten, werden in der Realität allerdings vielfach

als »politische Spielwiese« ohne nennenswerte Entscheidungsbefugnisse behandelt. Wenn der Eindruck entsteht – berechtigt oder nicht – dass den in diesem Rahmen erarbeiteten Themen und Inhalten kein aufrichtiges Interesse entgegengebracht wird und sich der Zweck eines umfangreichen Beteiligungsprozesses Jugendlicher aus Sicht der zuständigen Politiker/innen letztlich in der Generierung von Pressefotos mit jungen Menschen erschöpft, können theoretisch sinnvolle Ansätze im Ergebnis eher abschreckende Wirkung für die zukünftige Engagementbereitschaft der Beteiligten entfalten.

Hinsichtlich der Partizipationsunterschiede zwischen jungen Frauen und Männern zeigen aktuelle Untersuchungen keine geschlechtsspezifischen Überraschungen. Während junge Männer häufiger Mitglied in einer Partei oder zivilgesellschaftlichen Organisation sind, haben junge Frauen eine tendenziell größere Affinität zu nicht-konventionellen Formen gesellschaftlicher Partizipation und der Aktivität in informellen Gruppierungen. Deutlich größer als bei ihren männlichen Altersgenossen ist bei jungen Frauen die Diskrepanz zwischen vergleichsweise hoher grundsätzlicher Aktivitätsbereitschaft und relativ geringem tatsächlichem Engagement – was den Schluss nahelegt, dass die vorherrschenden Strukturen in Politik und Zivilgesellschaft noch immer spürbare Barrieren für die Beteiligung junger Frauen darstellen.

Verschiebungen lassen sich in der jüngeren Vergangenheit bezüglich der vor-

herrschenden Motive für gesellschaftliches und politisches Engagement junger Menschen beobachten. Der Deutsche Freiwilligensurvey konstatiert hier für die Altersgruppe der 14- bis 24-Jährigen einen deutlichen Motivwandel hinsichtlich der drei Dimensionen Geselligkeits-, Gemeinwohl- und Interessenorientierung. Dominierte 1999 noch die Geselligkeits- und Spaßorientierung – also die Angabe, dass engagierte Jugendliche ihre Aktivität vor allem mit Freude daran und dem Zusammensein mit Anderen verbinden – so hat dieses Motiv mittlerweile stark an Bedeutung verloren. Zugunommen hat dagegen die Gemeinwohlorientierung, die Erwartung einer tatsächlichen »Sinnhaftigkeit« des Engagements für Dritte. Mit großem Abstand am stärksten ausgeprägt scheint allerdings das Qualifizierungs- und Berufsmotiv. Das insbesondere von jüngeren und weiblichen Jugendlichen deutlich artikuliert Bestreben, im Rahmen freiwilligen Engagements Qualifikationen zu erwerben und »beruflich voranzukommen«, deutet darauf hin, dass der vorherrschende Diskurs zum Thema Ehrenamt und »Sozialkompetenzen« auch bei jungen Menschen angekommen ist. Während der Freiwilligensurvey die verstärkte Nutzenorientierung für sich und andere Menschen gegenüber eher »zweckfreien« Geselligkeitserwartungen positiv als Indikator für zunehmend »ernsthafte« Engagement wertet, bietet die verstärkte Betonung einer »Verwertungslogik« gesellschaftlichen Engagements durchaus auch Raum für kritischere Interpretationen.



Florian Dähne

ist Referent für den Themenbereich Jugend und Politik im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung.

florian.daehne@fes.de